

Abgerutscht, entkoppelt, ohne Lobby: Immer mehr Jugendliche landen in Deutschland auf der Straße

4 Juni 2022 18:10 Uhr

Eine Jahresauswertung der Stiftung "Off Road Kids" deutet auf einen starken Anstieg der Jugend-Obdachlosigkeit in Deutschland hin. Unter anderem haben die Corona-Maßnahmen und eine chronisch desolate Jugendhilfe das Problem verschärft.



Quelle: www.globallookpress.com © Jürgen Held via www.imago-images.com
Zelt am Landwehrkanal, Berlin, 21.12.2021

von Susan Bonath

Die deutsche Leistungsgesellschaft ist hart zu ihren Verlierern. Wer arm und jung ist und den Einstieg verpasst, landet schnell ganz unten. Mit den ökonomischen Krisen wachsen die sozialen Verwerfungen, und immer mehr Jugendliche landen offenbar auf der Straße – häufig abgekoppelt von allen Hilfesystemen. Das legt der [Jahresbericht](#) 2021 der Stiftung "Off Road Kids" nahe, die sich zum Ziel gesetzt hat, Betroffenen zu helfen.

Corona-Kollateralschäden

Der Stiftung zufolge hat sich die Lage für betroffene Jugendliche seit Einführung der Corona-Maßnahmen 2020 massiv verschärft. Insgesamt hätten Sozialarbeiter im vergangenen Jahr rund 14.600 Beratungsgespräche mit mehr als 3.000 Jugendlichen ohne Bleibe geführt – fast doppelt so viele wie ein Jahr zuvor. Bereits für das Jahr 2020 hatte die Organisation eine drastische Zunahme Betroffener gemeldet.

Etwa 60 Prozent dieser oft noch minderjährigen Hilfesuchenden lebten demnach bereits vollständig auf der Straße. Der Rest sei vorübergehend irgendwo untergekommen, meist bei Freunden oder Bekannten. Allerdings kann auch die Stiftung keine Unterkünfte herbeizaubern. Nur knapp die Hälfte der Betroffenen, gut 1.300 Jugendliche, konnten die Sozialarbeiter dauerhaft unterbringen. Im ersten Corona-Jahr waren es noch rund 300 Betroffene weniger, im Jahr 2011 verhalfen sie insgesamt 321 Jugendlichen zu einer neuen Bleibe. Die Zahl junger Menschen in Not, die untergebracht wurden, vervierfachte sich also in den letzten zehn Jahren.

Vorstandssprecher Markus Seidel erläuterte, dass oft mehrere Faktoren gleichzeitig die Notlage der Hilfesuchenden verursachen, etwa eine armutsbedingte, beengte Wohnsituation und Zerwürfnisse mit den Eltern, Überschuldung, Suchterkrankungen, Probleme mit Behörden, in der Schule oder der Ausbildung. Den Lockdown hält Seidel für einen wesentlichen Motor der Negativspirale: In vorbelasteten, ärmeren Familien mit kleineren Wohnungen sei es wohl häufiger zu Streit gekommen, zugleich sei ein Unterschlupf schwieriger zu finden gewesen.

Unterfinanzierte Jugendhilfe

Einen weiteren wichtigen Grund dafür, dass Jugendliche auf der Straße landen, **benannte** die Stiftung schon im vergangenen Jahr: Ein kaputtgespartes Jugendhilfesystem entlässt Heimkinder aus Kostengründen häufig an ihrem 18. Geburtstag kompromisslos in die Selbständigkeit, woran nicht wenige scheitern.

Denn obwohl das Gesetz dies eigentlich vorsieht, fühlen sich viele Jugendämter für junge Volljährige nicht mehr zuständig, wenn Probleme auftauchen – ein Teufelskreis aus Verschuldung, Ausbildungs- und Wohnungsverlust ist vorprogrammiert.

Die mangelnde Hilfe für Jugendliche in Not **kritisierte** Jörg Richert vom Straßenkinder-Verein "Karuna" bereits 2015 im Gespräch mit der Autorin. Er ging sogar noch weiter in seiner Kritik: Jugendämter und Kinderheime verlangten von Jugendlichen hohe Leistungen und ständiges Wohlverhalten als Bedingung für eine Unterbringung, die sie häufig nicht erfüllen könnten. Er sagte damals:

"Alleine in Berlin werden jedes Jahr etwa 400 Minderjährige von Hilfseinrichtungen mit ihrer gesamten Habe in einer Mülltüte auf die Straße gesetzt, weil sie die verlangten Normen nicht erfüllt haben."

Die gescheiterten Minderjährigen, die sein Verein aufsucht, seien in der Regel "nicht krankenversichert, leben vom Betteln, vom Verkauf von Obdachlosenzeitungen oder von Diebstählen". Häufig sehe er Betroffene "in so schlechtem Gesundheitszustand, dass ich eigentlich den Arzt rufen müsste". Viel geändert haben dürfte sich an dieser Situation bis heute nicht.

Unbekannte Dunkelziffer

Genaue Daten zu Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die in Deutschland auf der Straße leben, gibt es nicht. Vermutlich ist ihre Zahl in den letzten Jahren aber gestiegen. Die Stiftung "Off Road Kids" schreibt in ihrem Jahresbericht dazu:

"In Deutschland gibt es jährlich mindestens 40.000 verzweifelte Minderjährige und junge Volljährige, die akut von Obdachlosigkeit bedroht sind oder bereits auf der

Straße sitzen und sowohl von ihren Familien als auch von den Hilfesystemen entkoppelt sind."

Häufig handele es sich um Jugendliche aus zerrütteten Familienverhältnissen. Nicht wenige hätten Gewalt erfahren, viele seien gezwungen gewesen, ihr Leben viel zu früh selbst in die Hand zu nehmen und seien daran gescheitert. Fehlende Schulabschlüsse blockierten den Weg in den Ausbildungsmarkt. Hinzu kommt wohl auch ein ausufernder bürokratischer Apparat, an dem Betroffene scheitern. Korrekte Zahlen können wohl auch deshalb nicht erhoben werden, weil es laut der Stiftung eine hohe verdeckte Obdachlosigkeit gibt, wobei die Jugendlichen bei wechselnden Bekannten Unterschlupf fänden.

Das Deutsche Jugendinstitut (DJI) hatte bereits vor sechs Jahren die Zahl obdachloser junger Menschen in Deutschland in einer [Studie](#) auf rund 37.000 geschätzt, darunter etwa 7.000 Minderjährige. Die meisten Betroffenen sieht der Verein in der Altersgruppe der 18- bis 20-Jährigen.

Viele Minderjährige in Notunterkünften

In Berlin berichtete der Senat jüngst auf Anfrage der FDP von einem enorm hohen Anteil Minderjähriger unter Obdachlosen, die in Notunterkünften lebten. Wie die *Berliner Zeitung* Mitte Mai dazu [schrieb](#), werden in der Hauptstadt derzeit jährlich etwa 33.000 bis 34.000 wohnungslose Menschen untergebracht. In den letzten drei Jahren seien je sieben- bis achttausend Kinder und Jugendliche darunter gewesen. Zu den Betroffenen zählten auch Arbeitsmigranten aus anderen EU-Staaten und Flüchtlinge, die Asylbewerbervereinigungen verlassen mussten, aber keine Bleibe fanden.

Festzustellen bleibt: Da viele obdachlose junge Menschen von allen Hilfen entkoppelt sind, häufig nicht einmal Hartz IV beantragen oder an der Bürokratie in den Jobcentern scheitern, gibt es ziemlich sicher eine hohe Dunkelziffer Betroffener, die allein vom Betteln leben. Mit der Wirtschaftskrise und der steigenden Inflation dürften es immer mehr werden. Eine nennenswerte Lobby haben sie nicht. Der im Zuge von Corona politisch und medial zelebrierte "Lebensschutz" hat eben Grenzen.

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.